



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Niederösterreich	4
Ergebnisse	5
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	5
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	6
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Niederösterreich	6
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	7
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	8
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	15
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	16
Pressespiegel	17
Bilder Zukunftstour Niederösterreich	18
Resümee	19

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentenwahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Umfrage Niederösterreich

Die **Umfrage** im Bundesland Niederösterreich wurde vom **30. September bis 5. Oktober 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die niederösterreichische Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führt, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), mit dem Rad in Tulln, Krems, Bischofstetten, Dürnstein, Mödling, Wiener Neustadt und St. Pölten unterwegs, um in vielen Gesprächen – auf Marktplätzen ebenso wie in Gasthäusern, Rathäusern und dem Landhausplatz 1 – mehr über die Ansichten der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zur Europäischen Union sowie ihre Kritik und Wünsche zu erfahren. Zum Abschluss ihrer Tour stand am 16. November ein **Gespräch** mit **Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger** in St. Pölten auf dem Programm.³



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Hautzinger

² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: EU-Radler Selmayr und Schmidt treffen Landeshauptfrau Mikl-Leitner (APA-OTS, 17. November 2021) <https://bit.ly/3Dt7ELO>

Ergebnisse

Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

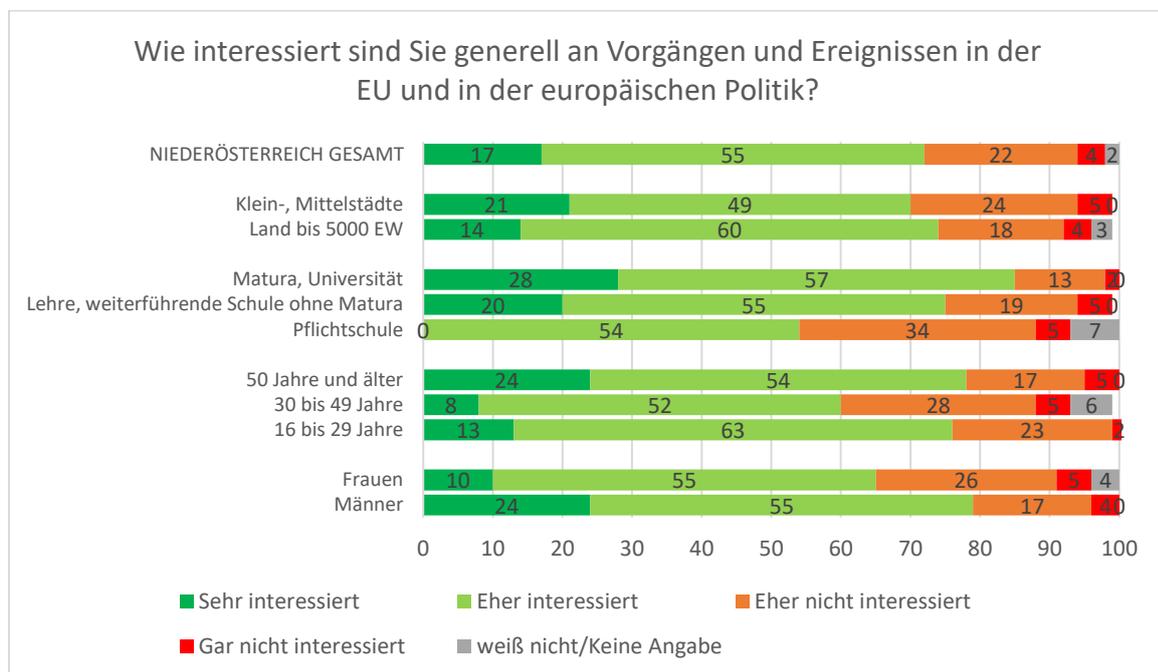
Fast drei Viertel der befragten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sagen in der Umfrage, dass sie „sehr“ (17 Prozent) bzw. „eher“ (55 Prozent) an europäischen Entwicklungen interessiert sind. Etwa ein Viertel zeigt sich hingegen „eher nicht“ (22 Prozent) oder „gar nicht“ (4 Prozent) interessiert.

Es wird deutlich, dass das Europa-Interesse mit höherem schulischen Ausbildungsgrad stark zunimmt. Während nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung (54 Prozent) „eher Interesse“ bekundet („sehr“ wurde in dieser Gruppe gar nicht angegeben), steigt der Wert bei Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura auf 75 Prozent und erreicht bei NiederösterreicherInnen mit Matura oder Universitätsausbildung 85 Prozent.

Ebenso ist zu erkennen, dass die mittlere Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren deutlich weniger Interesse an europäischer Politik aufbringt als jüngere oder ältere Befragte.

Männer geben zu 79 Prozent an, „eher/sehr“ interessiert zu sein, Frauen dagegen nur zu 65 Prozent.

Das geringste Interesse am europäischen politischen Geschehen ist in der Gruppe der Befragten mit Pflichtschulabschluss (39 Prozent „eher nicht/gar nicht“) sowie bei den 30 bis 49-Jährigen (33 Prozent) zu finden.

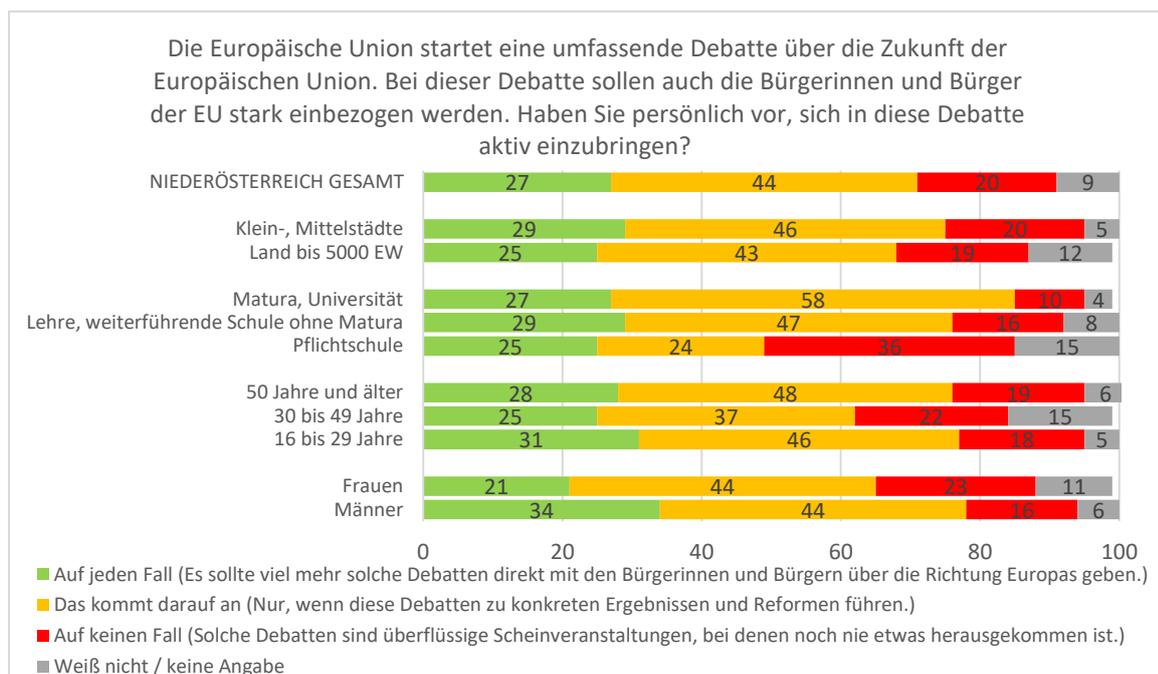


Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Nahezu drei von vier NiederösterreicherInnen zeigen sich grundsätzlich an der mit 5. Mai 2021 gestarteten Debatte über die Zukunft der Europäischen Union interessiert und haben vor, sich „sicher“ (27 Prozent) oder „eher schon“ (44 Prozent) selbst einzubringen – vorausgesetzt, „diese Debatten führen zu konkreten Ergebnissen und Reformen“. Ein Fünftel der Befragten schließt jedoch ein persönliches Engagement in der Zukunftsdebatte aus und sieht darin eine „Scheindebatte“, die schlussendlich nichts bewirken wird.

Männliche Befragte sind jene Gruppe, die am häufigsten (zu 34 Prozent) angeben, sich sicher an der Zukunftsdebatte beteiligen zu wollen. Frauen beabsichtigen dies hingegen nur zu 21 Prozent.

Die mit Abstand größte Skepsis und geringste Teilnahmebereitschaft findet sich bei den NiederösterreicherInnen mit Pflichtschulabschluss. In dieser Gruppe sagen 36 Prozent, dass sie sich eine aktive Teilnahme an der Zukunftsdiskussion keinesfalls vorstellen können. Bei NiederösterreicherInnen mit Matura/Universitätsabschluss sagt dies hingegen nur ein Zehntel.



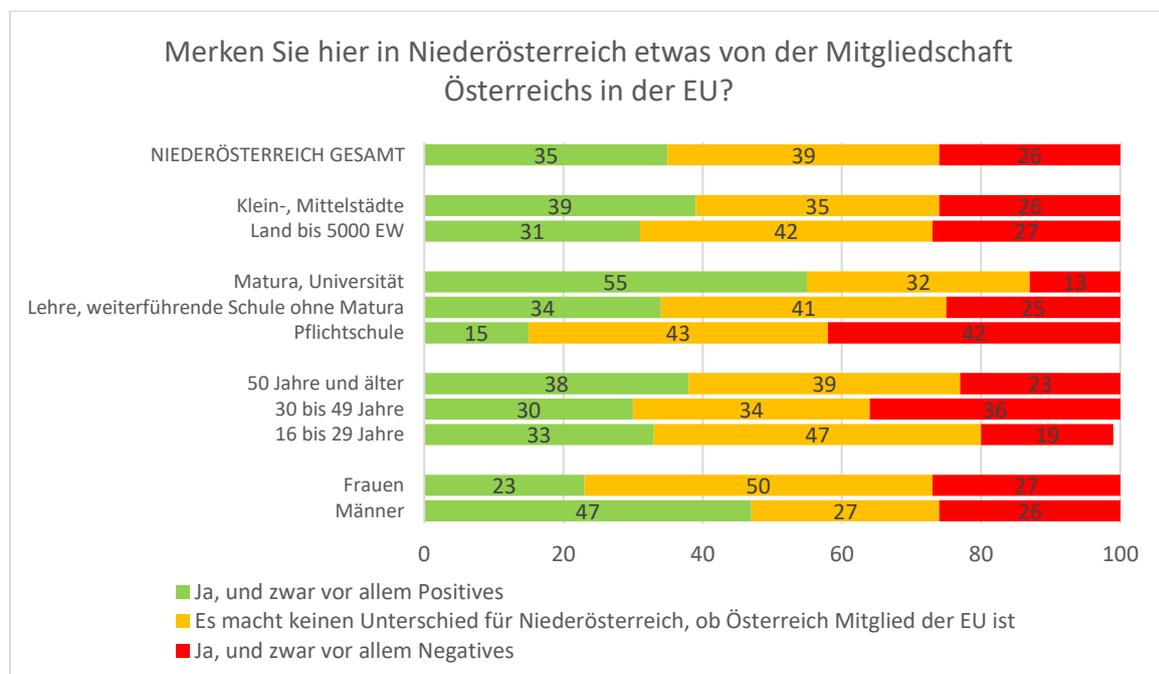
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Niederösterreich

Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Niederösterreich** geht, so sagt etwas mehr als ein Drittel der Befragten (35 Prozent), dass sie durch die EU-Mitgliedschaft vor allem Positives bemerken, 26 Prozent sehen die Nachteile überwiegen. Fast vier von zehn Befragten sind der Überzeugung dass, „es keinen Unterschied für Niederösterreich macht, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

Vor allem Befragte mit Matura/Universitätsausbildung sind – zu 55 Prozent – der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft für Niederösterreich Gutes bewirkt hat, auch Männer teilen diese Ansicht überdurchschnittlich oft (47 Prozent). Mit dieser Meinung heben sie sich sehr deutlich von der Einstellung der jeweiligen Vergleichsgruppen ab:

So sehen Frauen nur zu 23 Prozent die Vorteile für das Bundesland überwiegen und sagen doppelt so oft als Männer, dass es keinen Unterschied für Niederösterreich macht, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht. Die Zahl jener Frauen, die explizit Nachteile durch die Mitgliedschaft erkennen, ist dagegen praktisch ident mit jener der Männer.

Befragte mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura bemerken nur zu 34 Prozent Positives durch die EU-Mitgliedschaft, jene mit Pflichtschulabschluss gar nur mehr zu 15 Prozent. Die Letztgenannten sind auch jene, die am häufigsten (zu 42 Prozent) die Überzeugung vertreten, dass Niederösterreich durch die EU-Mitgliedschaft eher Negatives widerfährt. Eine Ansicht, die auch 36 Prozent der 30 bis 49-Jährigen teilen.

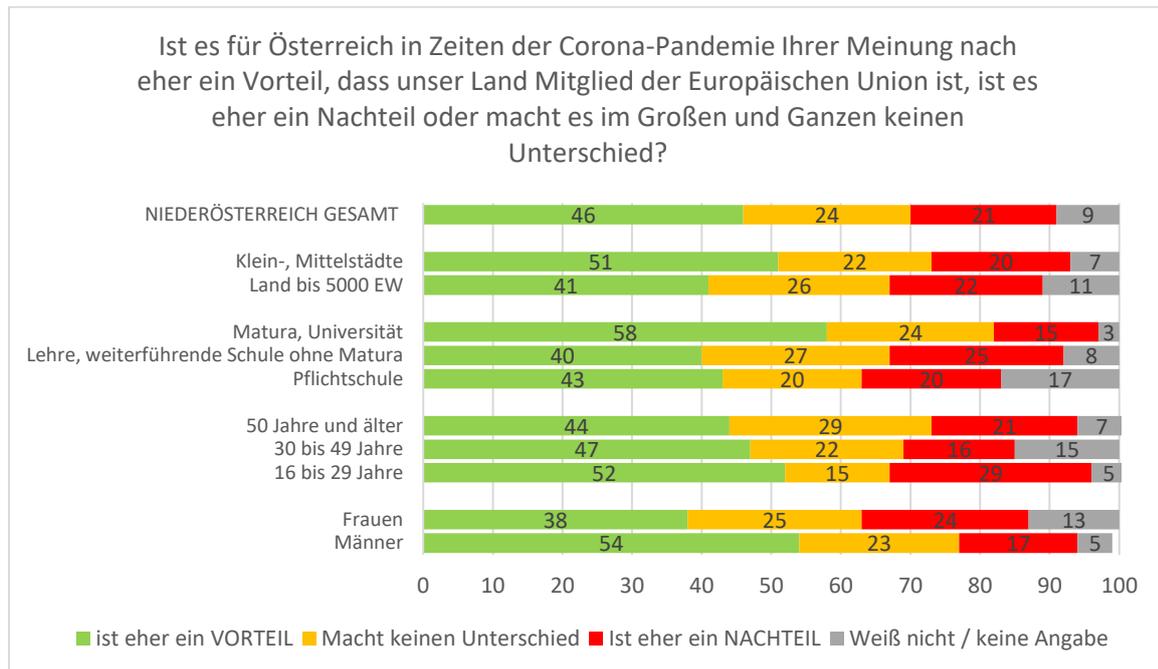


EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

46 Prozent der befragten NiederösterreicherInnen meinen, dass es für Österreich vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ein Vorteil ist, Mitglied der Europäischen Union zu sein. Ein Fünftel (21 Prozent) vertritt die gegenteilige Ansicht. Ein knappes Viertel (24 Prozent) sagt, dass die EU-Mitgliedschaft in dieser Frage keinen Unterschied macht.

Wiederum sind es Befragte mit Matura/Uniabschluss (58 Prozent) und Männer (54 Prozent), die am häufigsten angeben, dass die Mitgliedschaft in Zeiten von Corona einen Vorteil für unser Land darstellt. Diese Ansicht wird auch öfter vertreten, je jünger die Befragten sind und ist in kleinen und mittelgroßen Städten häufiger verbreitet als in Landgemeinden (51 zu 41 Prozent).

Befragte im Alter von 16 bis 29 sind jene Altersgruppe, die am häufigsten Vorteile erkennen kann, gleichzeitig ist sie aber auch jene, die die meisten SkeptikerInnen beherbergt (29 Prozent).



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Die NiederösterreicherInnen reihen die „**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ an die erste Stelle jener Themen, denen sich die Europäische Union künftig annehmen soll. An zweiter Stelle findet sich der „**Klima- und Umweltschutz**“, gefolgt von einer „**gemeinsamen EU-Asyl- und Migrationspolitik**“ und dem Wunsch nach der „**Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich**“. Für etwas weniger dringlich erachten die Befragten die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene sowie eine prominentere Rolle der Regionen innerhalb der EU und ein stärkeres Europa auf der Weltbühne.

Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

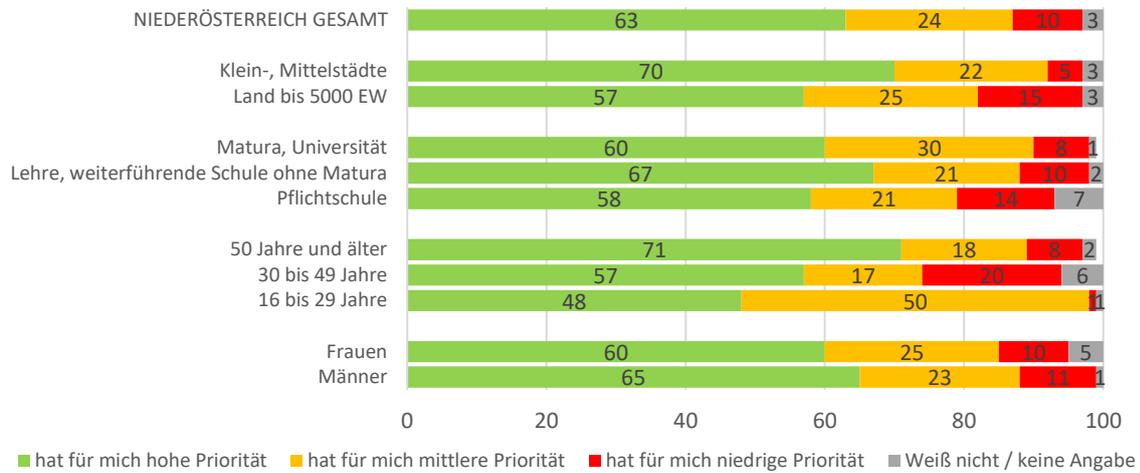
Der europäische Kampf gegen die Folgen der Pandemie wird mit zunehmendem Alter häufiger als vordringlich gesehen. Für 71 Prozent der Personen ab 50 soll dieser Bereich „hohe Priorität“ für die EU haben, bei den Befragten zwischen 30 und 49 Jahren sinkt er auf 57 Prozent, bei den Jüngsten bis 29 Jahre beträgt er 48 Prozent.

Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen, die in kleinen und mittelgroßen Städten leben, sehen die Corona-Eindämmung zu 70 Prozent als oberste Priorität für die Union, in Gemeinden am Land teilen 57 Prozent diese Meinung.

Personen im Alter von 30 bis 49 sind jene Befragungsgruppe, die noch am häufigsten – zu 20 Prozent – die Pandemiebekämpfung als nachrangiges Aufgabengebiet für die EU betrachten.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



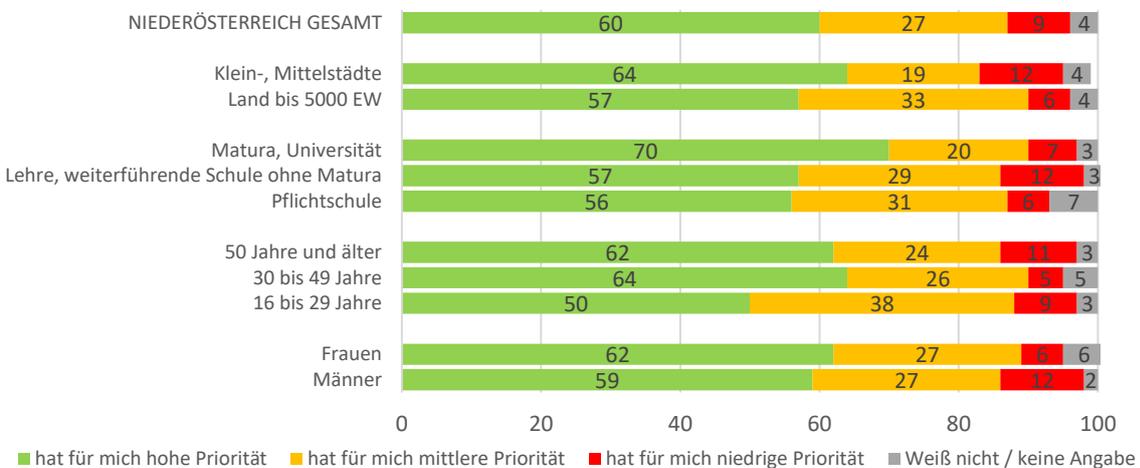
Klima- und Umweltschutz

Sechs von zehn NiederösterreicherInnen sehen als „hohe Priorität“, dass sich die EU um den Klima- und Umweltschutz kümmert. Für 27 Prozent hat dies „mittlere Priorität“, für 9 Prozent „niedrige“.

Dass sich die EU dieses Thema vorrangig angeht, wird von den Befragten mit Matura/Universitätsausbildung am häufigsten befürwortet (70 Prozent). In mittleren und älteren Altersgruppen rangiert der Klima- und Umweltschutz als dringliche EU-Agenda häufiger an der Spitze, als dies bei den Jüngsten der Fall ist.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ



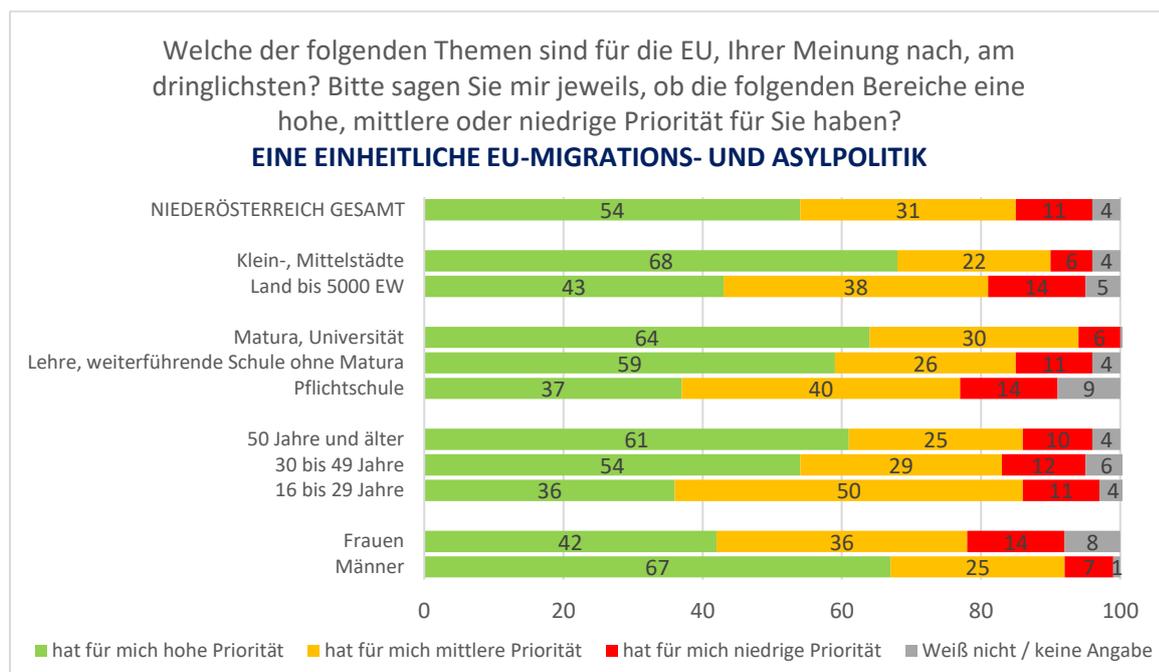
Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) will, dass die EU eine einheitliche Migrations- und Asylpolitik ganz oben auf ihre To-do-Liste setzt. Für 31 Prozent hat dieses Thema mittlere Bedeutung, 11 Prozent halten es nicht für notwendig, dass sich die EU hier besonders einbringt.

Bei dieser Frage sind teils recht große Unterschiede im Meinungsbild der Befragten festzustellen. So sehen zwei Drittel der Männer (67 Prozent), aber nur vier von zehn Frauen (42 Prozent) in einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik eine hohe Priorität für die EU. 68 Prozent der in kleinen und mittelgroßen Städten lebenden NiederösterreicherInnen teilen diese Ansicht, am Land wird es als weniger dringlich erachtet (43 Prozent).

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad und höherem Alter treten die Menschen in Niederösterreich stärker für mehr EU-Engagement ein. 61 Prozent der über 50-Jährigen würden dies gerne sehen, während es bei der jüngsten Altersgruppe bis 29 Jahre nur 37 Prozent sind. Zwei Drittel der Personen mit Matura/Uniausbildung sehen die Union hier gefragt, bei Befragten mit Pflichtschulausbildung ist es dagegen nur knapp mehr als ein Drittel.

Dennoch ist die Zahl jener, die diesem Bereich gar keine Dringlichkeit zumessen, insgesamt sehr gering und beträgt maximal 14 Prozent.



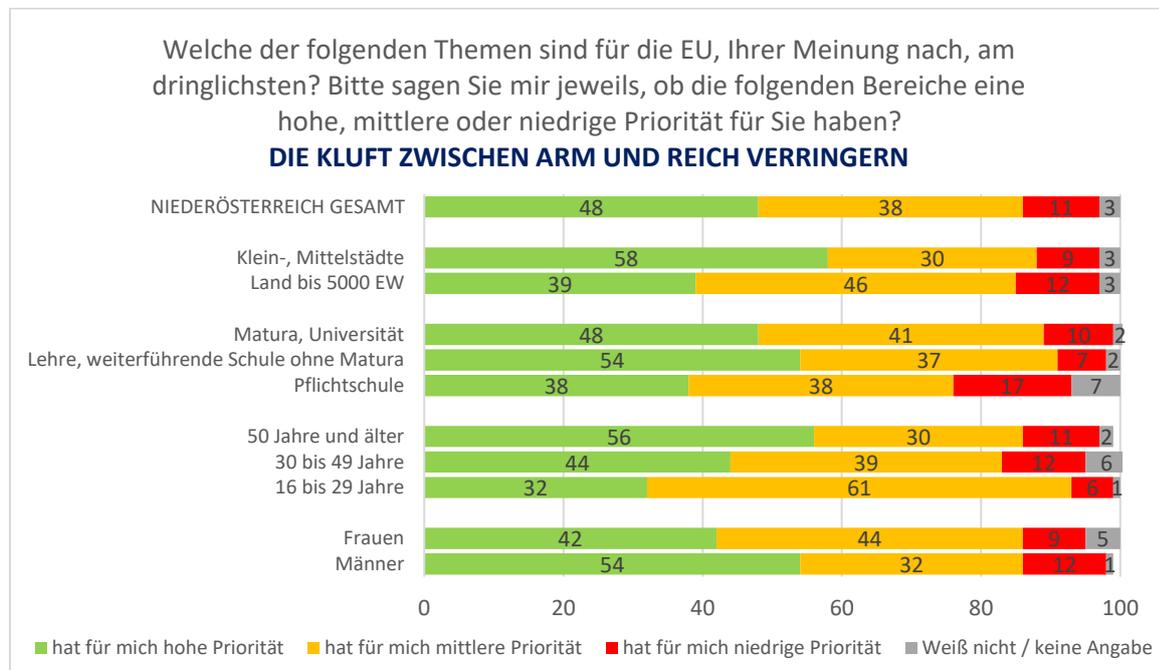
Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

Für 48 Prozent der befragten NiederösterreicherInnen ist es von besonderer Bedeutung, dass die EU rasch Schritte unternimmt, um die „Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern“. Für 38 Prozent hat dieses Thema „mittlere Priorität“, für 11 Prozent soll es aktuell nicht im Fokus der Union sein.

Männer wünschen sich mehr EU-Engagement in diesem Punkt zu 54 Prozent, Frauen zu 42 Prozent. In kleinen und mittelgroßen Städten wird der Wunsch nach schnellem Handeln der Union zu 58 Prozent genannt, in Landgemeinden sind 39 Prozent dieser Ansicht.

Mit höherem Alter sehen die Befragten die EU stärker gefordert: 56 Prozent der Generation 50+ möchten, dass die EU besonderen Einsatz zeigt, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 44 Prozent, bei den Jüngsten bis 29 nur mehr 32 Prozent. Letztgenannte Gruppe misst dem Thema überdurchschnittlich häufig eine „mittlere Priorität“ zu.

NiederösterreicherInnen mit Pflichtschulausbildung sehen die EU in diesem Bereich seltener in der Pflicht als andere Ausbildungsgruppen.



Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

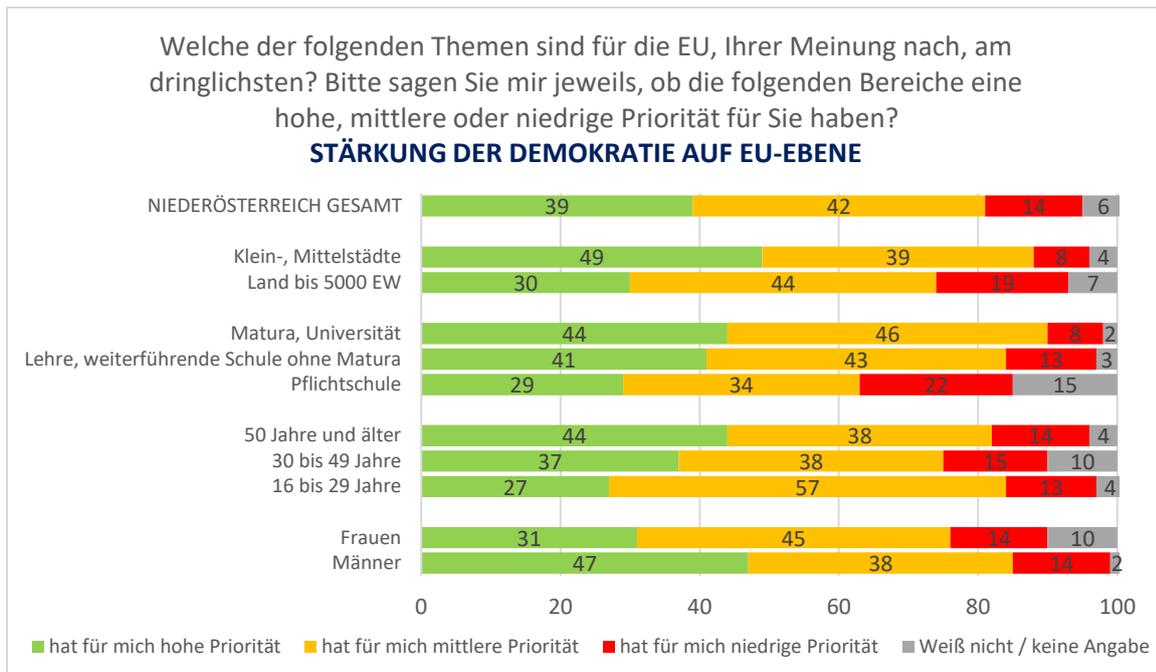
Für 39 Prozent der Befragten hat die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene hohe Priorität, für 42 Prozent „mittlere“, für 14 Prozent „niedrige“.

Männer erachten dieses Thema zu 47 Prozent als dringlich, Frauen dagegen nur zu 31 Prozent. Letztere sehen darin eher eine „mittlere“ Priorität. Je 14 Prozent der Männer und Frauen sind der Ansicht, dass die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene nur geringe Priorität für die Union haben sollte.

Während fast die Hälfte der BewohnerInnen von kleinen und mittelgroßen Städten bei der Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene eine klare europäische Prioritätensetzung sehen will, halten dies in Landgemeinden nur drei von zehn Befragten für notwendig. NiederösterreicherInnen, die am Land leben, sagen zu 19 Prozent, dass mehr Demokratie auf EU-Ebene nur „geringe“ Priorität haben sollte, in größeren Gemeinden und Städten sind es nur 8 Prozent.

Mit höherem Alter wird diesem Thema stärkere Dringlichkeit zugemessen. 44 Prozent der Befragten ab 50 sehen es als Top-Thema für die Union, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 37 Prozent, bei den Jüngsten zwischen 16 und 29 sind es 27 Prozent. Letztere sehen darin eher eine „mittlere“ Priorität.

Befragte mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung halten die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene am häufigsten (zu 22 Prozent) für nicht vordringlich.



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

Einem Drittel der befragten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (32 Prozent) ist es ein besonderes Anliegen, dass die Rolle der Regionen in der EU gestärkt wird. Für vier von zehn Befragten (41 Prozent) hat dieses Thema „mittlere Priorität“. Ein Fünftel (21 Prozent) hält es nicht für vordringlich.

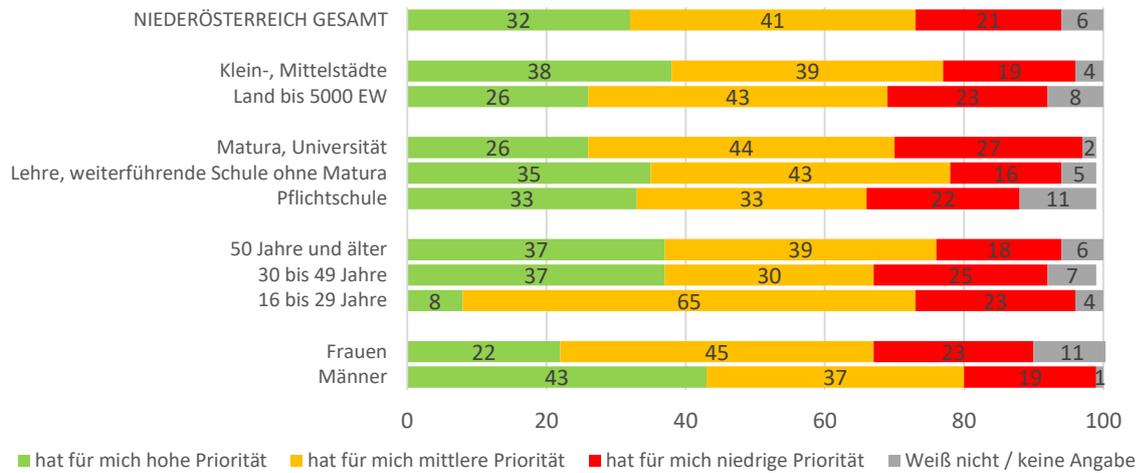
Männer sehen die Stärkung der Regionen in der EU doppelt so häufig als Frauen als eine Aufgabe, der sich die Union vorrangig widmen soll (43 zu 22 Prozent). Letztere erachten dies eher als mittlere Priorität bzw. können zu dieser Frage häufiger nicht Stellung nehmen.

Während 37 Prozent der Befragten ab 30 Jahre sich wünschen, dass die Stärkung der Regionen eine Top-Priorität auf europäischer Ebene wird, steht das Thema für die jüngsten Befragten zwischen 16 und 29 nicht an oberster Stelle. Für nur 8 Prozent hat es „hohe“ Priorität, die große Mehrheit entscheidet sich hier für eine mittlere Position.

NiederösterreicherInnen, die in kleinen und mittelgroßen Städten leben, treten eher (zu 38 Prozent) dafür ein, dass die EU diesen Punkt ganz oben auf die Tagesordnung setzt als jene, die in ländlichen Gemeinden wohnen (26 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN



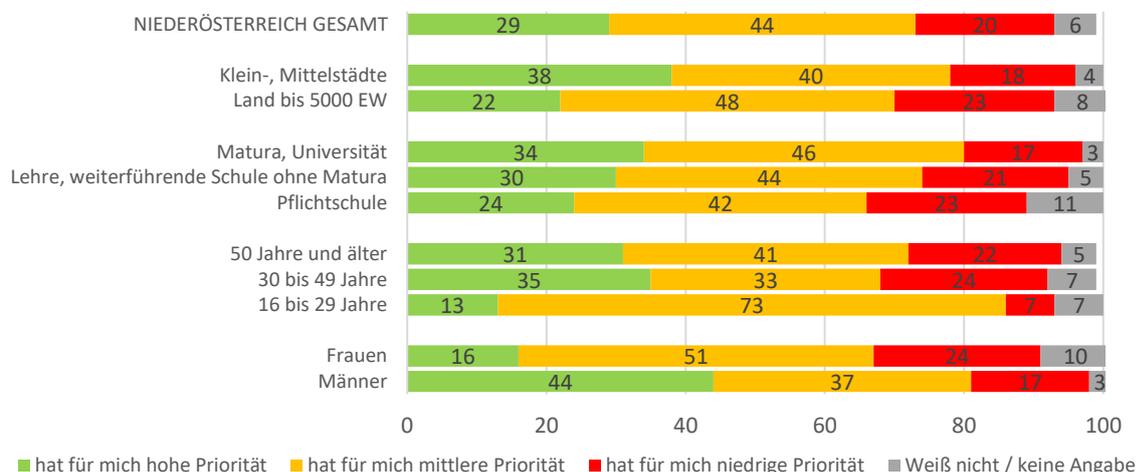
Stärkung der globalen Rolle der EU

Eine Stärkung der globalen Rolle der EU steht für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher am unteren Ende der Prioritätenskala. 29 Prozent möchten, dass sich die Union diesem Thema vorrangig widmet, für 44 Prozent hat es „mittlere“ Dringlichkeit, ein Fünftel misst ihm niedrige Priorität zu.

Dass sich die Europäische Union auf der Weltbühne stärker aufstellen sollte, ist Männern (44 Prozent) deutlich wichtiger als Frauen (16 Prozent). Befragte ab 30 sehen die Union hier häufiger gefordert als die jüngsten Befragten zwischen 16 und 29. Für NiederösterreicherInnen in kleinen und mittelgroßen Städten hat das Thema größere Dringlichkeit als für jene Befragten, die am Land leben (38 zu 22 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



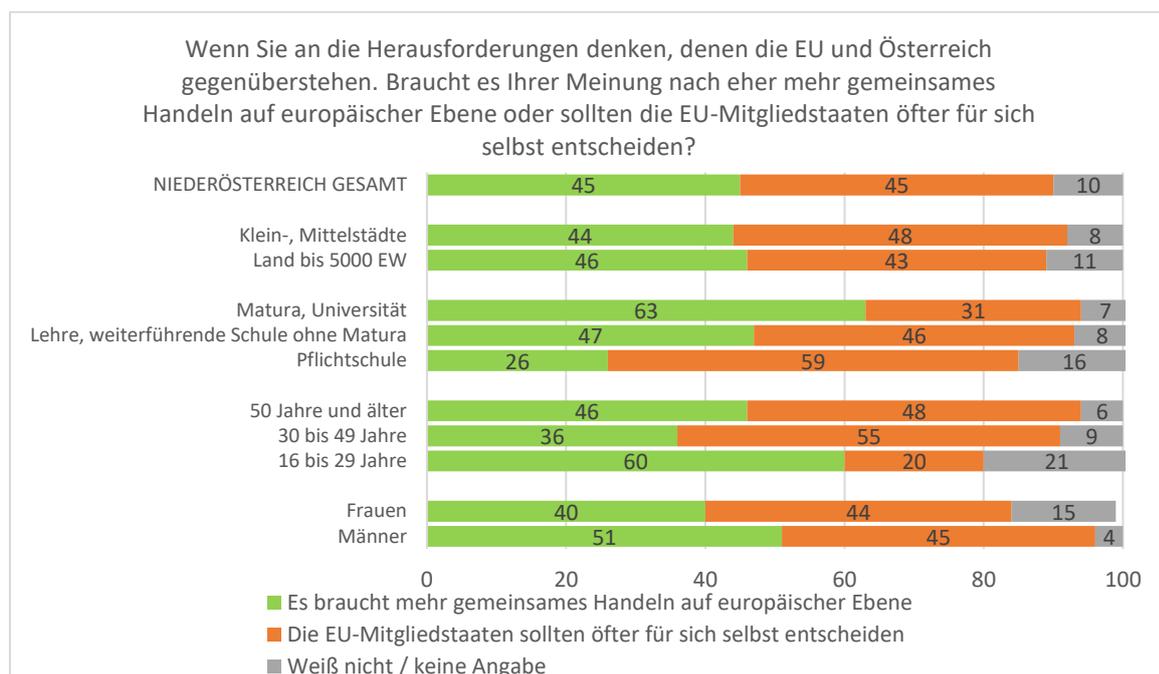
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

In der Frage, ob es künftig mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene braucht oder in Zukunft die Mitgliedstaaten der Union häufiger für sich selbst entscheiden sollten, herrscht in Niederösterreich ein geteiltes Meinungsbild – je 45 Prozent sprechen sich für eine der beiden Optionen aus, ein Zehntel äußert sich nicht dazu.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad neigen die befragten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher eher der Ansicht zu, dass es künftig mehr gemeinsames Handeln auf EU-Ebene braucht. 63 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsausbildung sprechen sich dafür aus, jedoch nur 47 Prozent der Befragten mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura und 26 Prozent der PflichtschulabsolventInnen.

In der Altersgruppe der 16 bis 29-Jährigen wollen sechs von zehn Befragten mehr gemeinsames Handeln, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es hingegen nur 36 Prozent. In dieser Gruppe würde es mehr als die Hälfte (55 Prozent) bevorzugen, wenn die Mitgliedstaaten in Zukunft öfter ihre unabhängigen Entscheidungen treffen würden; eine Ansicht, die auch 59 Prozent der Befragten mit Pflichtschulabschluss teilen.

Männer sprechen sich dezidierter als Frauen für mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene aus als Frauen (51 zu 40 Prozent). Für größere Entscheidungsgewalt der Mitgliedstaaten treten 45 bzw. 44 Prozent ein. Frauen antworten jedoch wesentlich öfter „weiß nicht“ oder nehmen zu dieser Frage nicht Stellung.



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (57 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 16 Prozent geben in dieser Frage der **nationalen Ebene** den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 7 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-

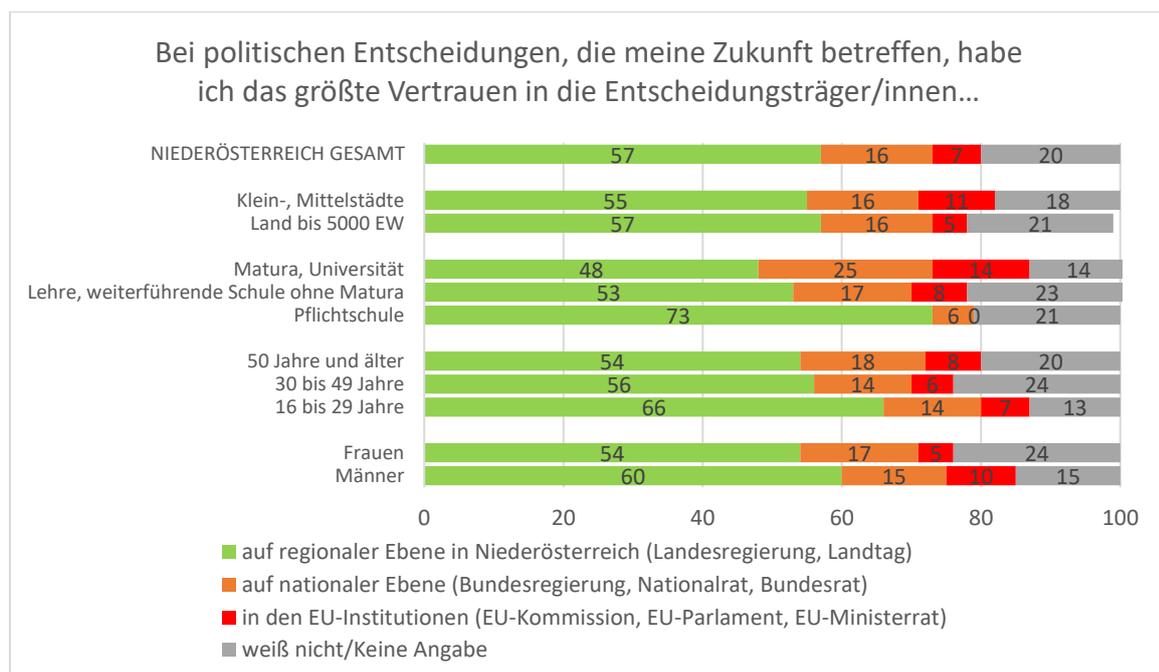
Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Ein Fünftel kann oder will zu diesem Punkt jedoch nicht Stellung beziehen.

Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei Personen mit Pflichtschulabschluss ohne weiterer Ausbildung (73 Prozent). In dieser Gruppe nennen nur 8 Prozent die nationale Ebene, die Zahl jener, die die EU-Institutionen anführen, ist statistisch nicht messbar. Die 16 bis 29-Jährigen sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen jene, die am stärksten auf regionale EntscheidungsträgerInnen vertrauen (66 Prozent)

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei Befragten mit Matura/Universitätsausbildung (25 Prozent).

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** unterscheiden sich in den unterschiedlichen Befragungsgruppen kaum voneinander. Am höchsten sind sie wiederum bei Personen mit formal höchsten schulischen Ausbildungsgrad (14 Prozent).

Vielen Befragten fiel es schwer, sich in dieser Frage zu entscheiden: Knapp ein Viertel der Frauen, der 30 bis 49-Jährigen und der Befragten mit Lehre können oder wollen nicht Stellung beziehen.



Pressespiegel

EU-Radler Selmayr und Schmidt treffen Landeshauptfrau Mikl-Leitner (APA-OTS, 17. November 2021)
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211117_OTS0055/eu-radler-selmayr-und-schmidt-treffen-landeshauptfrau-mikl-leitner-bild

Austausch über Europa – Europe Direct Zentrum übersiedelt ins Bürgerbüro des NÖ Landhauses (NÖN, 17. November 2021)
<https://www.noen.at/niederoesterreich/politik/austausch-ueber-europa-europe-direct-zentrum-uebersiedelt-ins-buergerbuero-des-noe-landhauses-niederoesterreich-st-poelten-noe-landhaus-martin-selmayr-johanna-mikl-leitner-martin-eichtinger-europe-direct-zentrum-301172499>

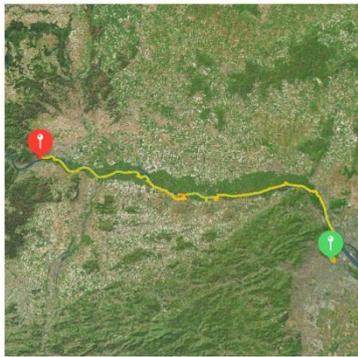
Austausch über Europa mit Martin Selmayr und Paul Schmidt im Niederösterreichischen Landhaus (noe regional, 18. November 2021)
https://www.noeregional.at/aktuelles/news/news-details/artikel/austausch-ueber-europa-mit-martin-selmayr-und/?fbclid=IwAR1L1CV_ZGa3r7wtGLbFCKCeKUibIRhUxdqAFwNwBa9OHT7VdmMMew9-yoU

EU-Zukunftstour. Umfrage: EU-Kommission und ÖGfE besuchen NÖ (Bezirksblätter, 18. November 2021)
https://www.meinbezirk.at/niederoesterreich/c-politik/umfrage-europaeische-kommission-und-oegfe-besuchen-noe_a5016904

Austausch über Europa mit Martin Selmayr und Paul Schmidt im Niederösterreichischen Landhaus (Stadtlandzeitung.at, 22. November 2021)
<http://www.stadtlandzeitung.com/austausch-ueber-europa-mit-martin-selmayr-und-paul-schmidt-im-niederoesterreichischen-landhaus/>

„EU-Radler“ auf sportlicher Mission in St. Pölten (Kronen Zeitung Niederösterreich, 30. Dezember 2021)
(In Print-Ausgabe erschienen)

Bilder der EU-Zukunftstour in Niederösterreich



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Hautzinger

Resümee

Im Zuge ihrer EU-Zukunftstour trafen Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger in St. Pölten zusammen, um sich darüber auszutauschen, was sich Niederösterreich von Europa erwartet und welche Herausforderungen dringend gemeinsam angegangen werden müssen. Im Rucksack hatten die EU-Radler eine Meinungsumfrage, wie die Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich die EU sehen und welche Themen sie als prioritär erachten. Auch ein Besuch des neuen Europe-Direct-Zentrums Niederösterreich im Bürgerbüro des NÖ Landhauses stand auf dem Programm.

In den vergangenen Monaten waren Selmayr und Schmidt bereits in Tulln, Krems, Dürnstein, Mödling und Wiener Neustadt unterwegs. Und auf Einladung des EU-Abgeordneten Alexander Bernhuber ging es mit dem Rad von Bischofstetten über den EU-geförderten Radweg Krumpe durch das Mostviertel bis zum Almhaus Hochsteinberg. Die Anregungen, welche die EU-Radler in ihren vielen Gesprächen – auf Marktplätzen ebenso wie in Gasthäusern, Rathäusern und dem Landhausplatz 1 – gesammelt haben, fließen in die laufende EU-Zukunftsdebatte ein.

„Es ist eine Tatsache, dass die globalen Herausforderungen zunehmen, wenn ich etwa an die gemeinsame Bewältigung der Corona-Pandemie oder neue Gefährdungen wie die Sicherheitslage oder den Klimawandel denke. Und je mehr diese globalen Herausforderungen zunehmen, desto mehr braucht es Orientierung und Sicherheit im Land sowie starke Partner und Netzwerke über die Landesgrenzen hinaus. Wir in Niederösterreich haben in der Vergangenheit stark vom Beitritt zur Europäischen Union und deren Erweiterungen profitiert, sind zu einer dynamischen und lebenswerten Region im Herzen Europas gewachsen. Dieses Bewusstsein gilt es zu fördern und zu stärken, weil eine Gemeinschaft immer mehr bewegen kann als einzelne“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Laut Meinungsumfrage – beauftragt von der ÖGfE und der Europäischen Kommission mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich – wird die EU-Mitgliedschaft Österreichs vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie von knapp der Hälfte der Befragten in Niederösterreich (46 Prozent) als Vorteil empfunden. Ein Fünftel (21 Prozent) vertritt die gegenteilige Ansicht. Ein knappes Viertel (24 Prozent) meint, dass die EU-Mitgliedschaft in dieser Frage keinen Unterschied macht.

EU-Botschafter Selmayr sagte dazu: „Niederösterreich hat stark von der europäischen Integration profitiert, bringt sich als Region aktiv in die Europapolitik ein und betreibt viele erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte mit Tschechien und der Slowakei. Und dennoch steht ein hoher Prozentsatz der Menschen im Land der EU-Mitgliedschaft negativ oder gleichgültig gegenüber. Das ist ein klarer Auftrag, gerade jetzt genau zuzuhören, wo die Menschen der Schuh drückt, und gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgermeisterinnen und Landespolitikern Europa besser und stärker zu machen.“

Fast drei Viertel der befragten Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sind an europäischen Entwicklungen interessiert, davon 17 Prozent „sehr“ und 55 Prozent „eher“. Ungefähr ebensoviele könnten sich eine Beteiligung an der seit 9. Mai europaweit laufenden Debatte über die Zukunft Europas vorstellen. 27 Prozent sind sich dessen sicher, 44 Prozent machen es von der Aussicht abhängig, dass die Europa-Debatte zu konkreten Ergebnissen und Reformen führt.

„In schwierigen Zeiten ist neben der Kritik auch das Interesse an europäischen Entwicklungen besonders stark ausgeprägt“, betonte ÖGfE-Generalsekretär Schmidt. „Darauf sollten wir gerade jetzt mit weiteren Gesprächsangeboten und Dialogmöglichkeiten reagieren. Entscheidend für ein nachhaltig positives EU-Meinungsbild ist, dass es letztlich in den zentralen europäischen Fragen, wie etwa der Corona-Pandemie und dem Klimawandel, gemeinsame, europäische Erfolge vorzuweisen gibt, die für alle Menschen erkennbar und spürbar sind.“

Bekämpfung der Corona-Pandemie Top-EU-Priorität

Worum soll sich die Europäische Union nun künftig ganz besonders kümmern? Für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher hat die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen höchste Priorität (63 Prozent). An zweiter Stelle findet sich der Klima- und Umweltschutz (60 Prozent), gefolgt von einer gemeinsamen EU-Asyl- und Migrationspolitik (54 Prozent) und dem Wunsch nach der Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich (48 Prozent). Als etwas weniger dringlich erachten die Befragten die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene sowie eine prominenter Rolle der Regionen innerhalb der EU und ein stärkeres Europa auf der Weltbühne.

Wenn es um politische Entscheidungen geht, welche die persönliche Zukunft betreffen, genießt die Politik in Niederösterreich das größte Vertrauen (57 Prozent), während die nationale, aber auch die europäische Ebene als weiter entfernt empfunden werden: Ihr schenken 16 Prozent beziehungsweise 7 Prozent das größte Vertrauen. „Das zeigt, wie wichtig es ist, Europa gemeinsam mit den Bundesländern vor Ort zu vermitteln, wie wir es z. B. mit dem Europe-Direct-Zentrum in St. Pölten tun“, unterstrich Selmayr.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at